

WAHLPROGRAMM STORMARN

HIER GEHT NOCH WAS.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



KOMMUNALWAHL AM 26.05.2013

Thema Umwelt

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

Problem: Wir leben in Stormarn mit einem recht großen Ökologischen Fußabdruck

Immer noch werden unsere fruchtbaren Böden versiegelt. Die darauf natürlich vorkommenden Pflanzen und Tiere und ihre Lebensräume müssen den Straßen, Gebäuden, Parkplätzen und der stets weiter intensivierten Landwirtschaft weichen. Die wenigen Reste an natürlichen Lebensräumen werden zunehmend zerstückelt und verkleinert. Unser Lebenselixier Wasser wird mit Pestiziden, Nährstoffen und anderen Schadstoffen verunreinigt, was die Flüsse und Seen lebensfeindlicher für Fische, Amphibien und Kleinstlebewesen macht. Unsere Atemluft enthält Abgase, Stäube und sogar Keime aus großen Mastställen. Selbst unterhalb der Ackerkrume gibt es keinen Schutzraum mehr: Kiesabbau und Wasserelexport seien als Beispiele genannt.

Problemlösung: Grüne Politik bedeutet nachhaltige Ressourcennutzung

Diese genannte Entwicklung wollen wir Grünen nicht und wir kämpfen daher für eine gesunde und lebenswerte Umwelt, die unsere Lebensgrundlagen nicht nur für uns, sondern auch für unsere Mitgeschöpfe und die zukünftigen Generationen bewahrt. Die kurzfristige und kurzsichtige Ausbeutung soll durch eine nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Ressourcen ersetzt werden. Der dafür notwendige, umfassende Umbauprozess in Richtung lokaler Kreisläufe und Schutz natürlicher Ressourcen hat gerade erst begonnen. Wir Grünen sind hier die treibende Kraft.

Eine nachhaltige Nutzung und Pflege unserer natürlichen Ressourcen ist kein Luxus, sondern bringt bereits heute und in Zukunft Standortvorteile. Eine intakte Umwelt ist als Lebens- und Arbeitsort einfach attraktiver. Dies fördert auch innovative Lebensformen und ermöglicht die Entwicklung und reale Erprobung von Gütern für ein nachhaltiges Leben. Die dabei entwickelten Umwelttechnologien sichern die Wirtschaftskraft des Kreises.

Hier geht noch was:

- Es soll ein Fachbereich Umwelt- und Ressourcenschutz eingerichtet werden, dem alle Ämter zugeordnet werden, die Einfluss auf unsere natürlichen Ressourcen nehmen
- Es soll ein flächendeckendes Kataster für Ausgleichsflächen, Naturdenkmäler und Biotop erstellt und online zugänglich gemacht werden
- Es muss eine transparente und dauerhaft umfassende Kontrolle der Nutzung und der Zustände der geschützten Flächen und der natürlich vorkommenden Pflanzen und Tiere inklusive ihrer Biotop (u.a. Knicks, Kleinstgewässer) stattfinden
- Alle Ausgleichsmaßnahmen im Kreis sollen ortsnah, zumindest aber im Kreisgebiet stattfinden und - soweit möglich - unter der Kontrolle der Kommunen und des Kreises erfolgen
- Es wird ein neuer, unabhängiger Beirat für Natur-, Umwelt- und Ressourcenschutz durch die Politik bestimmt, der das Recht auf Anhörung und Antragsstellung in den Ausschüssen erhält
- Weitere Versiegelungen von Böden sollen vermieden werden
- Der Abbau von Kies und sonstigen Bodenrohstoffen als auch fossilen Brennstoffen im Kreisgebiet soll vermieden oder zumindest nicht ausgeweitet werden.
- Es soll ein Landschaftspflegeverband gegründet werden, der ausgleichend und unterstützend für die verschiedenen Aktiv-Regionen im Kreisgebiet wirken soll
- Der Kreis strebt weitere Ausweisungen von Natur-, Landschafts-, Wasser- und Biotop-Schutzflächen an
- Durch Kontrolluntersuchungen gewonnen Erkenntnisse über Schadstoffe und auch das Altlastenkataster sollen öffentlich zugänglich gemacht werden

Energiewende

Problem

Die Öl- und Gas-Förderungen der globalen Hauptquellen sind nicht mehr steigerungsfähig. Das bedeutet: Die nicht erneuerbaren Energie-Ressourcen (Erdöl, Erdgas, Kohle, Uran) schwinden weltweit und ihre Preise steigen deutlich.

Der bereits begonnene Klimawandel mit seinen bedrohlichen Folgen - gerade auch für Norddeutschland - ist nur zu stoppen, wenn wir sofort gegensteuern.

Das von den Grünen 1999 initiierte Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat die deutsche Solar- und Windkraftbranche zu Technologieführern gemacht und den Anteil erneuerbaren Stroms in Deutschland schon auf 25 % steigen lassen. Auch die heimischen Handwerksbetriebe profitierten von dieser Entwicklung.

Problemlösung

Wir Grünen engagieren uns für den Schutz der natürlichen Ressourcen - als Investition in die Zukunft unserer Kinder!

Wir Grünen haben jetzt ein Konzept vorgelegt, wie in Schleswig-Holstein in wenigen Jahren eine 300%-Versorgung mit erneuerbarer elektrischer Energie möglich ist, und somit umweltfreundlicher Strom nach Süddeutschland exportiert werden kann.

Hier geht noch was:

- Alle kreiseigenen Gebäude werden besser gegen Wärmeverluste isoliert, um Heizenergie zu sparen. Dabei ist für Neubauten und bei umfassenden Sanierungsarbeiten ein Wärmeenergiebedarf von mindestens 30 % niedriger als die aktuell gültige Energieeinsparverordnung vorzusehen. Nach Möglichkeit ist die Wärmeversorgung mit umweltfreundlicher Fernwärme zu realisieren
- Auf allen geeigneten Dächern der kreiseigenen Gebäude werden - soweit noch nicht geschehen - in den nächsten 5 Jahren Photovoltaikanlagen errichtet
- Die kreiseigenen Gebäude werden in den nächsten 5 Jahren auf erneuerbaren Strom umgestellt (mit einem Ökostromlieferanten, der nicht in Verbindung zu Konzernen steht, die die Atom- oder Kohlekraftwerke betreiben)
- Es werden nur noch abgasarme und energieeffiziente Behördenfahrzeuge eingesetzt (Erdgas- oder Elektrofahrzeuge sollen bei Neubeschaffungen zum Einsatz kommen)
- Die lokale und regionale Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien wird vorangebracht. Neue Windenergieanlagen werden in Bargtheide, Bad Oldesloe und Travenbrück errichtet. Weitere zukünftig mögliche Windenergiestandorte werden auf Wunsch der Gemeinden vom Kreis unterstützt
- Die CO₂-Bilanz des Kreises wird in den nächsten 5 Jahren erheblich verbessert, mit dem langfristigen Ziel, keine fossilen Energieträger mehr einzusetzen
- Es wird ein jährlicher Umwelt- und Klimabericht erstellt mit dem Ziel "Jedes Jahr aktiv für Umwelt, Klima und Natur"
- Der Kreis finanziert eine jährliche "Umweltmesse Stormarn" mit einer Preisverleihung "Stormarns umweltfreundlichster und energieeffizientester Betrieb des Jahres"
- Die kreisangehörigen Kommunen werden bei Maßnahmen zum Klimaschutz, zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien vom Kreis fachlich unterstützt
- Der Kreis Stormarn baut Kompetenzen auf zur Beratung der Kommunen hinsichtlich ihres Stromnetzrückkaufs

Abfallwirtschaft

Problem

Mülltrennung ist sinnvoll. Das ist zwar politischer Konsens, aber die Realität sieht anders aus. Gemäß einer Hausmüllanalyse der AWSH (Abfallwirtschaft Südholstein) aus dem Jahr 2010 befindet sich im Stormarer Restmüll noch ein hoher Anteil an verwertbaren Stoffen. Mehr als die Hälfte der Abfälle könnte weiter verwertet werden und müsste nicht als Restabfall entsorgt werden. Im untersuchten Restmüll waren zum Beispiel rund 10% Papier, Pappe, Kartonagen enthalten (die man recyceln könnte) und rund 28% Bioabfälle (aus denen man Energie und Kompost gewinnen könnte).

Problemlösungen

Die Beseitigung und Verwertung von Abfällen soll die Umwelt möglichst wenig belasten. Konsequente Müllvermeidung und darüber hinaus Trennung der Abfälle nach Abfallfraktionen (Restmüll, Bioabfall, Papier/Pappe/Kartonagen und anderen Wertstoffen) ist ökologisch und ökonomisch vorteilhaft. Wir brauchen die optimale stoffliche und energetische Nutzung unseres wertstoffhaltigen Abfalls im Sinne einer ressourcenschonenden Umweltpolitik. Mit einer besseren Trennung der einzelnen Abfallfraktionen sparen wir Geld für die teure Entsorgung des Restmülls und schonen kostbare Ressourcen z. B. für die Gewinnung von Energie und die Herstellung von Papier. Gleichzeitig leisten wir einen Beitrag zum Klimaschutz, indem wir fossile Brennstoffe für die Energiegewinnung durch Biomasse ersetzen.

Hier geht noch was:

- Alle sinnvollen Maßnahmen zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der konsequenten Abfallvermeidung und Abfalltrennung werden umgesetzt, z. B.
 - durch Informationskampagnen und flankierende Beratungsangebote
 - durch (finanzielle) Anreizsysteme zur Müllvermeidung und zu konsequenter Mülltrennung
 - durch Unterstützung von Wohnungsunternehmen bei der Wertstoff-Trennung durch spezielle Angebote und Beratung
- Mülltransporte werden reduziert und die Abfallverwertung erfolgt möglichst regional
- Entwicklung regionaler Stoffkreisläufe und Wertschöpfungsketten unter kommunaler Hoheit, soweit möglich

Landwirtschaft und Ernährung

Problem

Es gibt ein wachsendes Unbehagen in der Gesellschaft über die Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft. Eine Landwirtschaft, die industrialisiert ist, auf Monokulturen setzt und sich von einer gesunden Kreislaufwirtschaft immer stärker entfernt und die Fleisch und Milch zunehmend durch auf Hochleistung gezüchtete Tiere auf engstem Raum in Ställen ohne Grünlandauslauf produziert. Die verfehlte EU-Agrarpolitik begünstigt durch ihre Subventionen flächenstarke Betriebe mit wenigen Arbeitskräften und Intensivtierhaltung. Die großen Lebensmittelkonzerne teilen den Markt unter sich auf. Strenge EU-Auflagen machen bäuerlichen Betrieben und kleinen handwerklichen Betrieben das Überleben schwer und zwingen sie zum Aufgeben – in Deutschland sind von 2007 bis 2010 etwa 11 % der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Gesundheit der Bevölkerung wird durch intensiven Düngemittel- und Pestizideinsatz und hohen Antibiotikagebrauch gefährdet. Die stark geförderte Biogaserzeugung führte zu Monokulturen (Vermassung der Landschaft). Erste Auswirkung dieser Entwicklung ist das Bienensterben. Die Biene ist nach Rind und Schwein die volkswirtschaftlich drittstärkste Nutztierart. Fruchtbare Grün- und Ackerland wird zunehmend an Investoren verkauft und steht der Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung. Lebensmittel sind oft aufgrund von Profitstreben von minderer Qualität und mit Schadstoffen belastet. Die untere gesetzgebende Ebene, das Land Schleswig-Holstein, hat vergleichsweise geringe Einflussmöglichkeiten, die durch Regierungsbeteiligung der Grünen aber zumindest im Bereich des Erhalts der Biodiversität, der Vielfalt von Arten und Ökosystemen und des Grundwasserschutzes wirksam werden wird. Die nicht Gesetzeskraft besitzende Kreispolitik kann hier auf die Verwaltung und Region einwirken, in Ermessensfragen die regionale bäuerliche Landwirtschaft, die Umweltressourcen und die Verbraucher und Nutztiere zu schützen.

Problemlösungen

Wir möchten die klein- und mittelständischen Betriebe in der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelhandwerk erhalten, um die Vielfalt in der Region und eine Autonomie in Bezug auf die Ernährung zu gewährleisten. Möglichst viele Betriebe sollen ökologisch wirtschaften, dann schützen sie die Bodenfruchtbarkeit, das Wasser, die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung. Biobetriebe produzieren hochwertige Lebensmittel, schaffen interessante Arbeitsplätze und vielfältige Landschaften, die auch für Touristen viel attraktiver sind. Bienen und andere wichtige Insekten können sich in dieser Umwelt optimal entwickeln und eine gesunde Landwirtschaft unterstützen. (Durch den hohen Pestizideinsatz und die Monokulturen ist die Vitalität aller Insekten nämlich stark eingeschränkt und die Anfälligkeit für Krankheiten bei diesen Tieren erhöht). Lebensmittel tierischer Herkunft müssen ethisch vertretbar sein: Nutztiere müssen artgerecht gehalten werden, gentechnikfreies Futter bekommen und es darf ihnen keine Leistung abverlangt werden, die ihre Gesundheit gefährdet.

Eine Grünlandnutzung mit Beweidung und eine Bestandsgröße, die erlaubt, das mind. 50% des Futters auf betriebseigenen Flächen erzeugt werden können, dient der Umwelt und verhindert rein gewerbliche Intensivtierhaltungen, die keine Flächen haben, um selbst Futter erzeugen zu können und ihre Gülle auf fremden Feldern entsorgen müssen.

Der Erhalt von Klein- und mittelständischen Betrieben in der Landwirtschaft und im Nahrungsmittelhandwerk ist ein lohnenswertes Ziel, das aber nicht nur durch Politik beeinflussbar ist, sondern durch Kaufentscheidungen der Verbraucherinnen unterstützt werden muss.

Hier geht noch was:

- Eine bessere personelle Ausstattung der Kreis-Überwachungsbehörden für Tier-, Umwelt-, Natur und Verbraucherschutz
- Verwendung regionaler und ökologischer Produkte in Mensen kreiseigener Schulen
- Förderung der Direktvermarktungsmöglichkeiten kleiner und mittelständischer ökologischer Betriebe in der Metropolregion
- Einrichtung einer Verbraucherzentrale
- Eine Tourismusförderung, die sich mit den ökologischen Angeboten der Region profiliert
- Freiwillige Schaffung gentechnikfreier Regionen im Kreis

Thema Bildung und Gesellschaft

Bildung

Ausgangslage

Bildung ist die Basis, auf der jeder Mensch selbstständig sein Leben gestalten und Verantwortung übernehmen kann. Frühkindliche Bildung beginnt in der Kita. Im Zentrum der Bildung steht die Schule. Die Schulen haben sich weiter entwickelt, sind aber noch immer stark durch Zensuren, Leistungsdruck und Versagensängste geprägt, und der Bildungserfolg ist auch heute noch weitgehend vom Bildungsniveau der Eltern und von deren Unterstützung abhängig. Die größte neue Forderung an die Schulen ist, jeden entsprechend seinen Möglichkeiten zu fördern und herauszufordern – gleich, ob ein Kind oder Jugendlicher mit einem schwierigen Umfeld zu kämpfen hat, mit einem Handicap lebt, hochbegabt ist oder durch sein Verhalten ganz neuer Formen der Zusammenarbeit bedarf.

In der heutigen Aufteilung nach Gymnasien und Gemeinschaftsschulen stehen besonders die Gemeinschaftsschulen vor den Anforderungen der Integration und Inklusion.

Eine direkte Verantwortung als Schulträger hat der Kreis nur für seine beiden Beruflichen Schulen und sein Förderzentrum Woldenhornschule. Als Ergänzung zu den die Schulen tragenden Kommunen trägt er aber einen Teil der Verantwortung für alle über die Lehrtätigkeit hinausgehenden Angelegenheiten. Der Kreis allein hat die Schülerbeförderung sicherzustellen.

Lösungen

Der Wandel der Schulen von Lern- zu Lebens- und Erfahrungsbereichen braucht Unterstützung von außen, auch durch den Kreis, und zwar dort, wo die Möglichkeiten des Schulträgers und der Lehrkräfte nicht ausreichen. Besonders in den Bereichen von Jugendhilfe, Kunst, Sport, Ernährung und allen Aktivitäten, in denen sich die Schule nach außen öffnet, kann der Kreis finanziell und mit spezialisiertem Personal Initiativen unterstützen. Die Bildung vor und nach der Schule – in den Kindereinrichtungen, in den Volkshochschulen und bei freien Bildungsträgern – kann er finanziell fördern. Die Kreis-Berufsschulen sollen sich zu selbstständigen Regionalen Bildungszentren entwickeln. Die Schülerbeförderung soll eine große Auswahl von Schulen sicherstellen.

Hier geht noch was:

- Dialog zwischen den an der Bildung Beteiligten zu innovativen Bildungsprojekten
- Nutzen von Fördermöglichkeiten von der EU bis hin zu Stiftungen
- Außerschulische Partnerschaften – vom Betrieb bis zur Universität
- Schüler_innen-Coaching speziell an Berufsschulen
- Berufsschulen als Regionales Bildungszentrum auf deren Wunsch
- Unterstützung von Ganztagskursen, die ein zusätzliches Bildungsangebot bieten

- Förderungen für den Bau von Bewegungs- und Gemeinschaftsräumen
- Preisgünstiges Mensaessen nach ernährungsphysiologischen Grundsätzen mit vegetarischen Alternativen und erheblichem Bio-Anteil
- Kostenlose Fahrkarten auch, wenn man eine entfernte Schule der gleichen Schulart wie die am Ort vorhanden Schule besucht
- Busverbindungen für ein vielfältiges Schulangebot und ohne lange Wartezeiten

Kinder und Jugend

Problem

Der ab dem 1.8.2013 gültige Rechtsanspruch von Eltern auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren (U3) stellt an den Kreis Stormarn eine hohe Herausforderung dar. Bisher werden rund 25% aller Kinder unter drei Jahren in Krippen und Tagespflege betreut, somit fehlen maximal 75% Platzangebot in den Kommunen des Kreises. Nicht alle Eltern werden ihren Rechtsanspruch geltend machen – trotzdem zeigen die Zahlen, dass mit Engpässen zu rechnen sein wird. Des Weiteren fehlt es auch an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, um den Eltern - insbesondere den Alleinerziehenden - den Zugang zur Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Im Kreis Stormarn gibt es ein vielfältiges Kultur-, Freizeit- und Sportangebot für Kinder und Jugendliche. Und es gibt über 6.500 junge Menschen, die durch Armut betroffen sind und nur begrenzt am gesellschaftlichen Geschehen teilhaben können. Das Erleben von Ausgrenzung und Langeweile in der Freizeit trägt erheblich zu späteren Suchtproblematiken bei, exzessiver Medienkonsum kann eine weitere Folgeerscheinung darstellen.

In gemeinnützigen Vereinen und Verbänden wird händierend Betreuer-Nachwuchs gesucht. Im Alltag von Kindern und Jugendlichen bleibt kaum noch Zeit, sich in einem Ehrenamt zu engagieren. Jugendliche begegnen in Vereinen und Verbänden einer immer älter werdenden Gesellschaft. Eigene Freiräume in Jugendzentren fallen oft kommunalen Kostenverschiebungen zum Opfer.

Problemlösungen

Die Landesregierung stellt Mittel für die Mehrkosten des U3-Ausbaus sowie zur energetischen Sanierung von Kindertagesstätten zur Verfügung. Eine unbürokratische, solide Weitergabe der Mittel an die Kommunen und eine gute energetische Beratung für Baumaßnahmen unterstützt und fördert den Ausbau von weiteren Betreuungsplätzen in den Kommunen.

Eine älter werdende Bevölkerung braucht eine Jugendkultur, die der Jugend Verantwortung übergibt, und die zur freien Entfaltung einlädt. In Vereinen und Verbänden braucht Jugend eine stärkere Partizipation, damit ihre Sichtweisen in gesellschaftliche Strukturen einfließen können.

Jugendliche wollen sich non-formale Bildungsorte erschließen. Dabei müssen Wege gefunden werden, dass auch Jugendliche aus entlegenen Orten die Freizeiteinrichtungen in den städtischen Regionen nutzen können. Um Kindern und Jugendlichen wertschätzend gegenüberzutreten, muss ihr Mitsprache- und Stimmrecht in kommunalen Gremien ernst genommen werden. Eine Einladungskultur in politische Gremien ermutigt junge Menschen zur Mitgestaltung eigener Lebensräume.

Unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft, kulturellem und religiösem Hintergrund muss Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und die vorhandenen Strukturen im Jugendhilfebereich verstärkt und ausgebaut werden. Unbegleitete jugendliche Flüchtlinge bedürfen besonderer Unterstützung. Besonders wichtig ist in diesem Bereich die Sprachbildung, um eine Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.

Hier geht noch was:

- Eine finanzielle Beteiligung des Kreises an den Personalkostenzuschüssen der Kindertagesstätten
- Die Unterstützung von Einrichtungen wie z. B. Kinderschutzbund, Kreisjugendring, Arbeiterwohlfahrt, Kreis-Sportverband, Pro Familia und Oase, und ihrer Kinder und Jugend fördernden Projekte
- Die Unterstützung von Projekten zum Thema: Gewalt in der Familie, Suchtproblematik und Erziehungsproblematiken
- Eine uneingeschränkte Teilhabe an Projekten für junge Menschen mit Behinderung
- Eine gute personelle Ausstattung im Jugendhilfebereich des Kreises
- Eine ausreichende Förderung von Ferienfreizeiten

- Eine verstärkte Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im Jugendhilfeausschuss, auch durch das Rede - und Antragsrecht
- Den kostenfreien Zugang zu non-formalen (informellen) Bildungsorten
- Die Einrichtung eines Jugendtarifs zur Nutzung von Sammeltaxis
- Die Förderung von Sprachkursen für junge Flüchtlinge

Kultur

Ausgangslage

Kultur ist das gemeinsame Fundament, auf dem unsere Gesellschaft steht und auf das sie baut. Es ist Aufgabe der Politik, dieses zu sichern und zu stärken. Kultur befähigt die Menschen zur Identitätsfindung, zur regionalen Verbundenheit.

Kunst und Kultur erleben stetige Veränderungen durch die Anforderungen der Gesellschaft. Der demografische Wandel, die Globalisierung und die neuen Kommunikationssysteme fordern zu neuen Ideen bei der Entwicklung von Kulturangeboten heraus. Dazu gehören multikulturelle Veranstaltungen ebenso wie die Nutzung der neuen Medien für die Darstellung und Vermittlung von Kunst.

In Stormarn gibt es eine Fülle kultureller Einrichtungen: Lokale Theatergruppen, Museen, Vereine, die vom bürgerschaftlichen Engagement getragen ein vielfältiges Kulturprogramm anbieten.

Viele Kultur- und Kunstprojekte sind oft nur mit finanzieller Förderung durch Stiftungen durchführbar gewesen. Die Stiftungen haben viele wichtige und interessante Projekte der Heimatgeschichte, im Naturschutz und in der Kunst ermöglicht, die sonst nicht realisiert worden wären.

Hinzu kommen aber auch Einrichtungen, die ganz oder teilweise vom Kreis mitfinanziert werden: Das sind das Kreisarchiv, die Kreiskulturreferentin und die Volkshochschulen sowie der Bücherbus. Dazu kommen Projektfinanzierungen wie z.B. für die „Stormarner Hefte“

Problemlösungen

Der Kreis mit seiner starken Wirtschaftsorientierung muss erkennen, dass bei der Suche nach fähigen Facharbeitskräften gerade auch „weiche Standortfaktoren“ wichtig sind – zu denen gehört zweifelsfrei die Kultur. Hier zu sparen wäre kontraproduktiv.

Hier geht noch was:

- Es ist das Stormarn-Lexikon zu aktualisieren und eine Internetbearbeitung zu erstellen
- Die „Stormarner Hefte“ sollen weiterhin erscheinen
- Zur weiteren Erforschung und Vermittlung der Stormarner Geschichte sollen Projekte oder Studien u.a. vom Kreisarchiv Stormarn initiiert werden. Die Vergabe von Stipendien für Studien oder Promotionen ist anzustreben
- Das Kreisarchiv soll im Internet ein Stormarner Informationsportal aufbauen
- Der Kreis veranstaltet Stormarner Kulturtage mit wechselnden Themenschwerpunkten (aus Musik, Theater, Geschichte, Bildende Kunst, usw.)
- Das Erfolgskonzept „Stormarn liest ein Buch“ soll fortgeführt werden
- Der 2012 gestiftete „Stormarner Kulturpreis“ muss zu einer ständigen Einrichtung werden
- Fahrbücherei und Volkshochschulen werden weiterhin unterstützt
- Ein Konzept für ein historisches Regionalmuseum, das der Vernetzung der bestehenden musealen Einrichtungen dient und als Kooperationsstelle fachkundig berät, ist zu entwickeln. Das Regionalmuseum könnte dabei auch virtuell im Internet entstehen, das „Begreifen“ von Exponaten kann dann in den gemeindlichen Museen erfolgen
- Gemeindliche Projekte (Musik, Theater), die von überörtlicher Bedeutung sind, sollen auf Antrag hin gefördert werden

Sport

Ausgangslage

Sport fördert die persönliche Gesundheit und das Gemeinschaftserleben. Die Sportvereine haben deshalb die größten Mitgliederzahlen von allen Vereinigungen. Gerade in Zeiten des demographischen Wandels ist der Stellenwert des Sports besonders hoch und außerdem fällt nirgendwo Integration leichter als im Sport. Vereinssport ist allerdings nur im geringen

Maße eine Angelegenheit des Kreises, er geschieht vornehmlich in den Kommunen und wird dort auch von diesen unterstützt. Sportförderung durch den Kreis findet nur auf der Ebene des Kreissportverbandes statt, der alle Vereine in Stormarn koordiniert und vertritt. Dem Kreissportverband werden kreiseigene Sportstätten gebührenfrei zu Verfügung gestellt, er bekommt Beihilfen für die Ausbildung von Übungsleitern und Zuschüsse für den Geschäftsbetrieb.

Der Sportverband beklagt bürokratische Hemmnisse bei seiner wichtigen Aufgabe der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringem Einkommen. Diese erhalten auf der Grundlage des Bildungs- und Teilhabepaketes ein Betrag von max. 10,- € monatlich, welcher z.B. für den Sportverein genutzt werden kann.

Problemlösungen

Die Kreispolitik muss ihrer Ausgleichsfunktion für den ländlichen Raum gerecht werden und besonders im Bereich Abbau bürokratischer Hürden helfen

Hier geht noch was:

- Verlässliche Zuwendungsbeiträge für den Kreis-Sportverband Stormarn
- Hilfen für die ehrenamtlich Tätigen bei der Beantragung von Leistungen aus dem Teilhabepaket.

Couragiertes Miteinander - Gegen rechte Gewalt

Problem

Der Verfassungsschutzbericht des Bundes lässt erkennen, dass Angriffe auf die demokratische Gesellschaft seit Jahren vor allem vom rechten Spektrum ausgehen. Spätestens seit den NSU-Morden muss klar sein, dass die Bedrohung sehr ernst genommen werden muss.

Mehrere Studien haben gezeigt, dass populistisches und rassistisches Gedankengut nicht vom "Rand" der Gesellschaft vertreten wird, sondern Demokratie gefährdende Gedanken ihren Ursprung in der Mitte der Gesellschaft haben. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen sind besonders viele Menschen anfällig für radikale Haltungen, insbesondere für rassistische Parolen, die einfache Lösungen von gesellschaftlichen Problemen vorgaukeln.

Wie der Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2011 zeigt, gibt es eine stetige Verdichtung rechter Strukturen, gerade im Kreis Stormarn.

"Wenn man solchen Menschen Raum überlässt, ist es sehr schwer, sie wieder wegzubekommen." Zitat: Mirjam Gläser vom Schleswig-Holsteinischen Beratungsnetzwerk gegen Rechtsradikalismus.

Problemlösungen

Wir Grüne lehnen jegliche Formen von Gewalt zur Lösung gesellschaftlicher Interessenkonflikte ab. Wir halten aber auch die Haltung für gefährlich, Links- und Rechtsextreme seien das gleiche Problem: Eine klare politische Stellungnahme pro demokratischen Miteinanders schwächt rechte Strukturen. Eine gemeinsame Positionierung aller demokratischen Parteien des Kreises ist aus Grüner Sicht ein wichtiger Schritt. Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass rechte Provokationen erfasst und Betroffenen Vernetzung und Hilfe angeboten werden.

Hier geht noch was:

- Präventionsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen im Bereich Rechtsextremismus in enger Zusammenarbeit mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus
- die Vernetzung aller Kräfte gegen Rechtsextremismus und ausreichende Ressourcen-Ausstattung für das im Aufbau befindliche Kompetenzzentrum Rechtsextremismus für die Kreise Herzogtum Lauenburg, Lübeck und Stormarn
- Anerkennung und Unterstützung des Antirassistischen Bündnisses Stormarn (ARABUES)

Gleichberechtigte Gesellschaftliche Teilhabe

Problem

In unserer Gesellschaft gibt es große soziale Unterschiede, die es vielen Menschen nicht ermöglichen, am sozialen Leben teilhaben zu können und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies betrifft vor allem Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und einige Personengruppen mit Migrationshintergrund. Auch gibt es Menschen, die in schwierigen Lebenslagen - wie beim Übergang zum Pflegefall - besonderen Beratungsbedarf haben. Für diese Menschen gibt es in unserem Kreis keine unabhängige Beratungseinrichtung. Die Menschen, die auf finanzielle Unterstützung im sozialen Bereich - insbesondere Hartz IV - angewiesen sind, fühlen sich oft als Bittsteller und müssen sich durch einen Wust von Antragsformalitäten kämpfen, die sie nicht allein bewältigen können. In Stormarn haben wir zwar eine niedrige Arbeitslosenquote, aber eine hohe Anzahl von Personen, die über viele Jahre ohne Arbeit sind.

Problemlösungen

Die soziale Unausgewogenheit kann durch besondere Förderung der betroffenen Menschen abgemildert werden. Dies kann durch den Ausbau von Beratungs- und Förderungsinstrumenten erfolgen. Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen müssen verlässlich finanziell unterstützt werden. Es sind gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit zu schaffen und ihre Vernetzung muss vorangebracht werden.

Für eine zügige Antragsbearbeitung im Hartz IV-Bereich muss gut geschultes Personal in hinreichender Anzahl zur Verfügung stehen, damit keine finanziellen Engpässe für die Bezugsberechtigten entstehen. Langzeitarbeitslose müssen durch besondere Programme unterstützt werden, damit sie wieder in ein selbstbestimmtes Leben finden können. Auch die zunehmende Zahl von psychisch kranken Menschen sollte stärker in den Fokus rücken. Die Betroffenen müssen entsprechend unterstützt werden.

Hier geht noch was:

- Beim Ausbau und der Unterstützung bestehender Netzwerke an hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beratungsstellen, wie die Schuldner-, Frauen-, Sucht-, Familien- und Migrationssozialberatung
- Die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Stormarn
- Die Beachtung und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Kreis
- Die ambulante Versorgung für ältere Menschen, die möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben wollen
- Eine Sozialraumplanung, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Bedarfslücken zu erkennen
- Die Förderung von Langzeitarbeitslosen durch kreiseigene Programme
- Die Aufhebung von Sprachbarrieren (Vermeidung von Fremdwörtern und Fachbegriffen) insbesondere in Antragsformularen
- Kurze Wartezeiten und unbürokratische Antragsstellungen im Hartz IV-Bereich
- Sprachkurse und verbesserte Lebensbedingungen für Asylsuchende und Geduldete
- Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren für offene Stellen des Kreises

Thema Wirtschaft

Wirtschaft und Finanzen

Ausgangslage

Der Kreis Stormarn gehört zu den wirtschaftsstärksten Kreisen Deutschlands mit hoher Beschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit. Als Teil der Metropolregion Hamburg tragen wir u.a. negative Auswirkungen wie Verkehrslärm, Neu- und

Ausbau von Straßen sowie die Versiegelung von Flächen durch Ausweisung neuer bzw. Erweiterung und Verdichtung bestehender Gewerbegebiete.

Der Kreis Stormarn konnte aufgrund seiner Finanzstärke in den letzten Jahren Schulden abbauen. Dennoch bleiben die Belastungen, die wir in Kreis und Kommunen aufgrund gesetzlicher Vorgaben und Aufgabenverlagerung von Bund und Land zu erfüllen haben.

Problemlösungen

Im Rahmen nachhaltiger Finanzpolitik wollen wir nachfolgende Generationen nicht mit unseren Schulden belasten. Deshalb müssen die Weichen für die Zukunft gestellt werden und Investitionen vor allem in Bildung und in Klima- und Ressourcenschutz vorgenommen werden. Zudem hat der Kreis im Rahmen seiner Ausgleichsfunktion (Subsidiarität) auch zukünftig sicherzustellen, dass Unterstützung für leistungsschwächere Kommunen gewährleistet ist.

Wir sorgen dafür, dass wirtschaftliche Interessen und Bedürfnisse von Menschen und Natur in Einklang gebracht werden.

Hier geht noch was:

- Eine nachhaltige Finanzpolitik mit ausgeglichenen Haushalten im Kreis und in den Kommunen und konsequentem Abbau von Schulden
- Die konsequente Überprüfung von Entlastungsmöglichkeiten der Kommunen („kommunale Familie“)
- Neue Kreditaufnahmen nur zur Finanzierung von Investitionen von zukunftsorientierten nachhaltigen Projekten
- Vorrang vor weiterer Versiegelung von Flächen hat die Verdichtung in Gewerbegebieten und das Recycling ehemaliger Gewerbeflächen
- Versorgung künftiger Erschließungsvorhaben mit Strom und Wärme durch erneuerbare Energien und Kraftwärmekopplung sowie Nahwärmenetze
- Ansiedlung von Unternehmen, die qualifizierte Arbeitsplätze anbieten

Mobilität

Ausgangslage

Waren werden in steigender Menge und über längere Strecken transportiert. Personen legen wachsende Entfernungen auf häufigeren Fahrten zurück. Es gibt unsinnige Verkehrsprojekte, wie z.B. die Fehmarn-Belt-Querung. Doch das Geld fehlt jetzt für ihren Bau und später für ihre Erhaltung. Es wird eher für die Erneuerung und Verbesserung des Bestandes benötigt. Die herkömmliche Politik setzt auf Straßenbau und motorisierten Individualverkehr, obgleich die fossilen Energieträger kostbar und auch die alternativen Fahrzeugantriebe viel teurer werden, so dass Art und Umfang des Verkehrs nicht über mehrere Jahrzehnte absehbar sind.

Stormarn ist durch Straßen und Bahnlinien gut mit fernen Zielen und den nahen Städten verbunden. Die Durchgangsverkehre werden an manchen Stellen zur Last und behindern, wie zwischen Hamburg und Bad Oldesloe, sogar den täglichen Personenverkehr. Stormarn ist direkt am Hamburger Rand und zwischen Hamburg und Lübeck wegen der Verkehrserschließung ein zukunftssträchtiger Wirtschafts- und Wohnstandort, doch der flächenmäßig größere Teil des Kreises liegt abseits.

Problemlösungen

Für die Durchgangsverkehre auf der Straße hat Stormarn mit der A 1, der A 24 und der A 21 ausreichende Kapazitäten und sichere Strecken, sobald die B 404 drei-streifig bis zur A 24 ausgebaut ist. Die künftige S 4 muss zwischen Bad Oldesloe und Hamburg einen dichteren Takt und zusätzliche Halte bringen. Neue Straßen zwischen den Orten braucht Stormarn nicht. Umgehungsstraßen haben nur Sinn, wenn sie gleichzeitig die Orte vom Rand her erschließen und die Gewerbegebiete anbinden.

Vorrang für den ÖPNV! Ganz Stormarn muss von öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen werden, so dass der Bustakt in den Städten das Autofahren überflüssig macht und auch in kleinen Dörfern das Anrufsammeltaxi eine umfassende Grundversorgung bietet. Die Wege zum Radfahren müssen für Radfahrer jeden Alters und auch für elektrisch angetriebene Fahrräder sicher und bequem ausgebaut werden.

Hier geht noch was:

- **Bahnen** Wir sind für die S-Bahn S 4 mit zweispurigem Ausbau bis Gartenholz, einspurig mindestens bis Bargteheide, Weiterfahrt bis Bad Oldesloe, 20-Minuten-Takt bis Bargteheide und Oldesloe, zusätzliche Halte in Delingsdorf und Ahrensburg West, Beibehaltung des Regionalexpresses und seiner Halte, Lärmschutz an den Gleisen
- **Busse und anderer ÖPNV** Fahrten auch zu Zeiten schwacher Nachfrage, mehr Nachtbuslinien, Anrufsammeltaxi (AST) für Zeiten und Gebiete, in denen kein Bus fährt, zügige Streckenführung, barrierefreier Ausbau der Haltestellen, kurze Fahrzeiten auf den Schulwegen, Fahrmöglichkeiten nicht nur zur nächsten Schule, Übernahme von Kosten durch den Kreis für viele von den Gemeinden gewünschte Verbesserungen
- **Radverkehr** Radfahrstreifen auf der Fahrbahn, sichere Überquerungen an den Ortseingängen, an der Ampel Gleichberechtigung mit den Autos, Radweg-Benutzungspflicht nur in Extremfällen, Streckenführung mit Ausrichtung auf das Tempo der Elektroräder, schnelle überörtliche Radwege, speziell ausgebaute Radfahrstrecken zu den Schulen
- **Verknüpfungen** Abgestimmte Ankunfts- und Abfahrzeiten zwischen Bahn und Bus und zwischen den Buslinien untereinander mit kurzen und zuverlässigen Umsteigezeiten, Sicherung der Anschlüsse bei Verspätungen, mehr Fahrrad-Abstellanlagen an den Umsteigepunkten, erweiterte Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder in Bussen und Bahnen, AST mit Anschluss an die Bahnhöfe und zusätzlich zu wichtigen Busstationen

Geschlechtergerechtigkeit

Problem

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist grundgesetzlich verankert. Dennoch sind Frauen in politischen Gremien und in Führungsfunktionen in Verwaltung und Wirtschaft unterrepräsentiert. Hinzu kommt, dass viele Frauen – häufig aus familiären Gründen – nicht vollerbstätig sind, also finanziell abhängig und im Alter mit niedrigen Renten ausgestattet sind. 82 % aller Teilzeitarbeitenden in Stormarn sind Frauen. Aufgrund der demographischen Entwicklung und des daraus resultierenden Mangels an fachlich qualifizierten Arbeitnehmer_innen werden wir zukünftig noch mehr erwerbstätige, gut ausgebildete Frauen brauchen.

Die Gleichstellungsbeauftragte im Kreis wurde nur noch mit einer halben Stelle besetzt. Gleiches gilt für einige Kommunen, für die zwar eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte gemäß Schleswig-Holsteiner Gemeindeordnung vorgeschrieben ist, die aber nur eine Teilzeitbesetzung dieser Position vorgenommen haben.

Das Stormarner Frauenhaus war aus finanziellen Gründen sogar von der Schließung bedroht.

Problemlösungen

Für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Männern in Stormarn brauchen wir Unterstützung in Gemeinden und im Kreis. Die vielfältigen Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in Orten ab 15 000 Einwohner_innen und im Kreis erfordern jeweils eine volle Stelle, um auch und besonders die Vernetzung der relevanten Akteur_innen und Initiativen zu unterstützen und voranzubringen und Beratungsangebote für Frauen und Männer zu erweitern.

Durch Betreuungsangebote können Familien entlastet und die Rahmenbedingungen für gleiche Teilhabe am Erwerbsleben für Mütter und Väter geschaffen werden. Zusätzlich werden spezifische Berufs-Beratungsangebote für Frauen vorgehalten. Das Stormarner Frauenhaus ist ausreichend auszustatten, um langfristig zu bestehen und Frauen in Not eine Zuflucht zu bieten.

Hier geht noch was:

- Vollzeitstellen für alle hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis und in den Kommunen mit mehr als 15.000 Einwohner_innen mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen
- Finanzielle Unterstützung für das kommunalpolitische Frauennetzwerk Stormarn (KOPF Stormarn)
- Konsequente Umsetzung paritätischer Besetzung von Führungspositionen durch qualifizierte Frauen
- Schneller, bedarfsgerechter Ausbau der Kita-Plätze, damit Frauen und Männer gleichermaßen an Familien- und Erwerbsarbeit teilhaben können
- Unterstützung der Stiftung Beruf und Familie, um flexible Betreuungsangebote für berufstätige Eltern sicherzustellen
- Ausreichende Mittelausstattung für die Beratung von „Frau und Beruf“, der Beratungsstelle „Frauen helfen Frauen“ sowie des Frauenhauses Stormarn